



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PHILIPP VON SCHOELLER

Der Präsident der Internationalen Handelskammer in Paris

7. MAI 1982



Drei Jahrzehnte sind vergangen, seitdem ich 2½ Jahre meiner Ausbildung in dieser Stadt verbracht habe. Sie gehören zu den glücklichsten meines Lebens. Ich war so glücklich hier, daß ich nicht ganz sicher bin, ob sie für meine Lehrherren, die Herren Münchmeyer und Kampffmeyer, nicht eine gewisse Beunruhigung bedeutet haben.

Wenn ich damals am Übersee-Club vorübergegangen bin, geschah dies aber doch – zumindest im Geiste – in einer Art ehrfürchtig gebückter Haltung. Sie wissen gar nicht, meine Herren, was es für mich bedeutet, heute hier vor Ihnen zu stehen, und ich habe Sorge, daß Sie sich die berechtigte Frage stellen: „Jetzt wollen wir einmal sehen, was der Kerl in diesen 2½ Jahren mitbekommen hat!“

Dabei soll ich – dem Wunsch Ihres Präsidenten entsprechend – auch über Fragen der Seeschifffahrt reden. Ich bitte Sie: Ich – als Bürger eines Binnenstaates! Es wird für Sie auch kaum als eine Rechtfertigung dafür gelten können, daß ich Besitzer eines Segelscheines immerhin „für weltweite Fahrt“ bin.

Ich habe halt keine andere Legitimation als die, daß ich – wie Sie gemerkt haben – dieser Stadt dankbar bin, diese Stadt sehr sehr liebe, denn mit dem Entstehen und Wachsen dieser Stadt über die fast acht Jahrhunderte ist auch ja vorwiegend das Wirken hervorragender Unternehmer verbunden. Ohne die Strebsamkeit, die Einsatz- und Risikobereitschaft dieser Männer hätte Hamburg und seine Wirtschaft nicht jene Bedeutung und jene Stellung im Überseehandel und der Seeschifffahrt erringen können, die der Hafenstadt trotz aller Rückschläge heute zukommen und die von Anfang an diese Faszination auf mich ausgeübt haben.

Ich bin ebenso dankbar dafür, daß ich Ihnen hier im Namen der einzigen internationalen Vertretung der freien Unternehmerschaft dieser Welt die Glückwünsche überbringen darf zum 60-jährigen Jubiläum des Übersee-Clubs und zum 75-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Reeder. Es waren und sind noch immer freie Unternehmer, die sich den Herausforderungen des marktwirtschaftlichen Prinzips gestellt haben und weiterhin stellen, im Wissen, daß kein anderes Wirtschaftssystem dem Menschen erlaubt, seine Anlagen und Fähigkeiten in so hohem Maße zum Wohle der Gesellschaft zu entfalten. Eine Welt aber, die immer mehr dem Staat die Verantwortung für die Wohlfahrt des Einzelnen überträgt und immer mehr Wohlfahrt fordert, bedarf mehr denn je einer Unternehmerschaft, die einfallreich und initiativ und im Bewußtsein um alle Risiken an der Schaffung jener Werte arbeitet, die erst diese Wohlfahrt ermöglichten und für die so oft andere den Dank ernten.

Dabei sieht sich die europäische Unternehmerschaft – und nicht nur diese – einer zunehmenden Veränderung des wirtschaftlichen Systems gegenübergestellt – Angriffen auf das sozialmarktwirtschaftliche System – und dies in einer Zeit, in der es zumindest fraglich erscheint, ob angesichts zunehmender politischer Spannungen zwischen den Großmächten Experimente dieser Art nicht besser unterblieben.

Die wirtschaftlichen Probleme der Seeschifffahrt scheinen mir Sorgen ähnlicher Art zu sein, wie sie heute in den allermeisten Wirtschaftssparten festgestellt werden müssen. Die Wachstumsschwächen der Seeschifffahrt sind eine unmittelbare Folge des Stockens des Wachstums des Welthandels überhaupt. Mit dem Greifen von Energiesparmaßnahmen ganz allgemein und dem beginnenden Rückzug aus dem Erdöl ist es unausweichlich, daß die Nachfrage und Ausnutzung des Rohöltankraumes zurückgeht. Welcher Anteil am rückläufigen Energieverbrauch der seit einiger Zeit anhaltenden Wirtschaftslage zuzuschreiben ist und welcher der sicher zunehmenden Energie-Spargesinnung, wäre für die Absicherung künftiger Prognosen über ein Anhalten oder eine Besserung der Lage von einigem Wert. Darüber hinaus schafft das Erstarken des Rohstoffbewußtseins der Länder der Dritten Welt einschließlich der Schwellenländer zusätzliche Unsicherheiten für die Seeschifffahrt. Ungewiß ist vorerst Ausmaß und Zeitablauf, den der Trend der Verlagerung der Rohstoffverarbeitung zu den Rohstofflagerstätten nehmen wird. Ob die Massengutfahrt der unter Umständen existentiellen Bedrohung durch die Kompensation mit Kohletransporten entkommen kann, wird vom Tempo abhängen, mit dem sich der Strukturwandel beim Einsatz der Primärenergieträger durchsetzen wird. Ich erwarte allerdings keine stürmische Entwicklung in der Richtung einer tiefgreifenden Substitution des Erdöls durch andere Energieträger, und zwar deshalb, weil allein die Umstellungsphase bei den Verbrauchern bis zu – sagen wir – 10 Jahre benötigen wird. Der stagnierenden bis schrumpfenden Nachfrage nach Schiffsraum stehen in vielen Zweigen der Seeschifffahrt Übertonnagen und verfallende Frachtraten gegenüber, Faktoren, die den weltweit längst vorhandenen protektionistischen Bestrebungen (neben politischen Aspekten) zusätzlichen Auftrieb geben.

Bis vor wenigen Jahren war die marktwirtschaftlich orientierte Welt der Überzeugung, daß auch die Seeschifffahrt und die Meereswirtschaft dann am besten gedeihen werden, wenn sie möglichst frei von staatlichem Einfluß bleiben. Dirigismus wurde stets als im Grunde unzulässig erachtet, selbst dann, wenn er Rechte und Pflichten ausgewogen auf die Betroffenen verteilte.

Diesem Grundsatz folgte bisher auch im wesentlichen das Seerecht; es konzentrierte sich auf solche Bereiche, in denen uneingeschränkte Freiheit (wegen sich überlagernder Interessen) nicht möglich erschien, seien sie staatspolitischer, wirtschaftlicher oder technischer Art.

Die eingetretenen Änderungen in der Weltrohstoffwirtschaft, das sogenannte Nord-Süd-Verhältnis – das ja im Grunde ein Ost-West-Problem ist, wie sich immer deutlicher zeigt – und einiges andere mehr, haben zu einem unübersehbaren Wandel auch der seerechtlichen Szene geführt, so daß heute unter dem Druck dieser Entwicklung weite Bereiche des marktwirtschaftlichen Prinzips als in Frage gestellt erscheinen. Sichtlich unter dem Druck der Verhältnisse hat die Überzeugung Raum gewonnen, daß administrative Ordnungssysteme, die auf weltweiter Basis verhandelt und nach

dem Grundsatz „do ut des“ im Konsens- oder Kompromißweg zustande kommen, immer noch bilateral oder gar unilateral verfügbaren Regelungen vorzuziehen sind. Ein typisches Beispiel in dieser Richtung scheint mir der UN-Verhaltenskodex für Linienkonferenzen zu sein, der, vor Jahren fertiggestellt, mangels Erfüllung des Tonnagerfordernisses der ratifizierenden Staaten noch immer nicht in Kraft getreten ist. Waren es vorerst die Industrieländer, die dem Verlangen der Staaten der Dritten Welt auf eine sogenannte „gerechte“ Ladungszuweisung an die nationalen Flaggen des Versand- und Bestimmungslandes und die Beschränkung des Anteils für Cross Trader entgegentraten, bewirkte das Umsichgreifen unilateraler, ladungslenkender Maßnahmen mit deutlich protektionistischen Aspekten ein Umdenken der Industriestaaten. Dabei stehen die OECD-Staaten in ihrer Gesamtheit dem Kodex keineswegs uneingeschränkt positiv gegenüber, doch dürfte sich die Einstellung von einer ursprünglich massiven Ablehnung zu einer im wesentlichen vorsichtig positiven gewandelt haben.

Was für die Linienschifffahrt zufolge der rasch verfallenden Ordnung eine vereinbarte Einschränkung des Grundsatzes der Freiheit der Meere sein kann, muß sich für die Massengutschifffahrt nun bei weitem nicht als richtig erweisen. Bei der Forderung der „Gruppe der 77“ auf „gerechte“ Beteiligung am Massengutverkehr wird offensichtlich zu wenig bedacht, daß es sich hier in der Regel um einen Verkäufermarkt handelt und dementsprechend um ein hartes und wenig gewinnversprechendes Geschäft. Selbst die von den Entwicklungsländern erhobene Forderung, die Industrieländer zu verpflichten, Know-how und Kapital für den Aufbau nationaler Massengutflotten den Rohstoffländern zur Verfügung zu stellen, ist noch keineswegs eine Gewähr für diese Länder, die Massengutschifffahrt auch zu einem florierenden Geschäft zu entwickeln.

Eine Fehleinschätzung der Realität, wie sie der Markt zeichnet, und darauf fußende Eingriffe in die Marktmechanismen können allzuleicht – wie die Vergangenheit gezeigt hat – zu verhängnisvollen Fehlentwicklungen führen, abgesehen davon, daß mir die Tendenz der Verlagerung der Rohstoffverarbeitung zu den Rohstoffförderstaaten und der davon ausgehende Einfluß auf weite Bereiche der Massengutschifffahrt zu wenig durchdacht erscheint. Auch hier sollte man sich auf die ehernen Gesetze von Angebot und Nachfrage besinnen, will man nicht neue Überkapazitäten schaffen, dann diesen wieder mit Dirigismus begegnen, und so fort – ein Teufelskreis!

Was nun die ziemlich ausgereiften Vorstellungen der UNCTAD in bezug auf die Schließung der offenen Schiffsregister anbelangt, durch die verhindert werden soll, daß Reedereien ihre Tonnage in Staaten registrieren, die es durch einen niedrigeren Sicherheitsstandard, geringere Anforderungen an die Besatzung und ähnliches ermöglichen, Schiffe zu günstigeren Kosten zu betreiben, sollte nicht übersehen werden, daß sich auch hier Eingriffe in den Marktmechanismus abzeichnen, wobei den schutzwürdigen Interessen bestimmt auch in anderer Weise Rechnung getragen werden kann, die den Marktmechanismus nicht beeinträchtigt.

Aus der Sicht der österreichischen Wirtschaft – als der eines Binnenlandes also – könnte durchaus noch mit geringeren Auswirkungen einer solchen Entwicklung gerechnet werden. Bedenklich allein stimmen die dirigistischen Elemente. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft bzw. des österreichischen Verladers wird zweifellos durch die ungünstige geographische Lage und den Mangel an eigenen Bodenschätzen beeinflusst. Es liegt in der Natur der Sache, daß der österreichische Verladener zur Sicherheit seiner Wettbewerbsfähigkeit darauf angewiesen ist, die günstigsten sich bietenden Versandmöglichkeiten auszuschöpfen. Eine Vielzahl von Anbietern gewährleistet dieses Erfordernis zweifellos am besten. Zahllose Beispiele beweisen immer wieder, daß überall dort, wo in einem Kaufvertrag Flaggenvorschriften auftauchen, die Transportpreise wesentlich über den frei vereinbarten liegen.

Ich konnte und wollte hier nur die – nach meiner Kenntnis – markantesten Problemstellungen, mit denen die Seeschifffahrt konfrontiert ist, aufgreifen. Es ist mir dabei darauf angekommen, die notwendige Verteidigung und Rechtfertigung der Einordnung der Seeschifffahrt in die Marktwirtschaft aufzuzeigen.

Bei der Seeschifffahrt handelt es sich um einen besonderen, gewiß auch einen der traditionsreichsten Wirtschaftszweige, den es planwirtschaftlichen und dirigistischen Ordnungsvorstellungen gegenüber zu verteidigen lohnt. Mit dieser Verteidigung wird der in der freien Schifffahrt tätige Unternehmer auch seiner in die Marktwirtschaft eingebetteten sozialen Verantwortung am besten gerecht. Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Bedeutung freier Unternehmer eine grundsätzliche Frage, die ich nicht – wie man vielleicht meinen könnte – nur einseitig aus der Perspektive eines Interessenvertreters sehe.

An dem Maß nämlich, das eine Gesellschaft den Selbständigen an Entwicklungsmöglichkeiten bietet, kann der Grad der Freiheit abgelesen werden, den diese Gesellschaft gewährt. Für mich ist daher das Eintreten für die Entscheidungsfreiheit der Selbständigen in allen Bereichen der Wirtschaft, allerdings in den Grenzen der Verantwortung für die Gesellschaft, eine gesellschaftspolitische Aufgabe, von der aus politische Entscheidungen zu treffen sind. In einer Zeit, in der die Weltwirtschaft rohstoff-, energie- und arbeitsteilungsbedingt in einem tiefgreifenden strukturellen Wandel steht, scheint es mir im vermehrten Maße notwendig, den Mut zur Selbständigkeit zu fördern, anstatt Träumen von einer utopischen gleichmacherischen Weltbeglückung nachzuhängen – bei ungleicher Verteilung von Lasten und Verantwortung. Die Weltwirtschaft wird alles daran setzen müssen, bald ihr Gleichgewicht wieder zu finden, das aus einer Reihe nicht nur der erwähnten Faktoren gestört ist. Wenn in der künftigen Weltwirtschaftsordnung der selbständige Unternehmer das Geschehen mitbeeinflussen möchte, wird er jetzt alles daranzusetzen haben, um seinen Beitrag zu leisten, der nicht zuletzt in der Bereitschaft besteht, für das marktwirtschaftliche Prinzip auch gesellschaftspolitisch einzutreten und in persönlichem Einsatz dafür zu kämpfen.

Denn im Zusammenhang mit der weltweiten wirtschaftlichen Depression sind einige fundamentale Schwächen der westlichen Demokratien fühlbar geworden. Und ich meine, daß strukturelle Schwächen allzu vieler westlicher Volkswirtschaften nichts anderes sind als eine Folge der Schwächen in den politischen Strukturen insbesondere so mancher westeuropäischen Staaten – Schwächen, die sich etwa während der vergangenen Dekade herausgebildet haben. Parteipolitiker gehen in parlamentarischen Demokratien gerne den Weg des geringsten Widerstandes. Nun ist in den westeuropäischen Demokratien die sogenannte „Systemveränderung“ der Inhalt der Programme sehr vieler Regierungsparteien. Diese Systemveränderung kostet aber Geld. Wenn nun diesem Geldausgeben kein Widerstand entgegengesetzt wird, muß dies in Geldverschwendung, also in eine Überbelastung der Budgets münden. Welcher Parteipolitiker möchte nicht gerne seinen Wählern etwas bringen – besonders die „Systemveränderer“?! Und das ist – wie ich meine – im Grunde der wunde Punkt Westeuropas: Jeder nimmt von dem, der etwas bietet – keiner denkt an Pflichten, und das muß schließlich zur Konfrontation zwischen der Demokratie schlechthin einerseits und den Systemveränderern andererseits führen.

Vor allem die Sozialdemokratie, als eine der aufbauenden Kräfte der Nachkriegszeit, wurde in der vergangenen Dekade in manchen Staaten zunehmend vom sogenannten „demokratischen Sozialismus“ unterwandert – wandelt sich unter dem Druck der „Linken“ wieder von evolutionären zu revolutionären Parteien. Selbst dort, wo jedweder Radikalismus vom Wählervolk grundsätzlich abgelehnt wird, wie etwa in meiner Heimat, fehlt es der breiten Masse an nationalökonomischer und politologischer Bildung, um die Gefahren dieser Entwicklung für die Demokratie zu erkennen. Um kein verzerrtes Bild zu zeichnen, melde ich aber mit großem Respekt, daß gerade etwa der Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Benya, sich als Staatsmann von besonders achtenswürdiger Größe erweist – aber er kann auch nicht immer, wie er will. Es ist eben so weit gekommen, daß nur zu oft das Parteieninteresse das Staatsinteresse überwuchert – übrigens auch bei so mancher Rechts-Partei.

Diese „Konfrontation zwischen Systemveränderung und Demokratie“ hat die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Gefahr gebracht. Systemveränderern ist der Begriff der „Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes“ fremd. Das heißt nicht, daß die Konservativen immer und überall besser wirtschaften müssen.

Aber – und dies ganz werturteilsfrei: Es ist doch einleuchtend, daß das Streben nach immer mehr sozialer Sicherheit (weit über das zumutbare Maß an Eigenvorsorge hinaus) zu dem vielfach bedrohlich gewordenen Missmanagement auf budgetärem Gebiet zumindest beigetragen hat. Wieder wird der wunde Punkt der westlichen Demokratien deutlich. Es wird um so schmerzlicher angesichts einer politischen Schwäche jener, die für die Bewahrung des Systems eintreten und sich bis heute nicht in der Lage sehen, nicht nur ihr Streben, sich der sich ändernden politischen Umwelt anzupassen, sondern – viel beklagenswerter noch – ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele allgemeinverständlich zu formulieren. Die Schwierigkeit dabei ist ja, daß ein sozialmarktwirtschaftliches System keine Heilslehre ist, die die Massen bewegt, wie der Marxismus – sondern ein Auftrag zu harter Arbeit als Verpflichtung – und nichts anderes hat in der Nachkriegszeit das Wirtschaftswunder in den besiegten Staaten bewirkt. Zugleich aber war dies Beweis und Bewährung des Systems, dessen geschaffener Wohlstand heute „systemverändernd“ vergeudet wird.

In der Praxis spielt sich das etwa so ab: Wirtschaftstheorien werden entweder nur bruchstückhaft übernommen und in die Tat umgesetzt, wobei man glaubt, sich auf klingende Namen wie Keynes berufen zu können; oder sie werden erst nachträglich mit den Folgen ergriffener Maßnahmen insofern identifiziert, als man versucht, Budgetdefizite, die durch die überschießende Verteilungseuphorie entstanden sind, mit dem Schlagwort „Deficit-Spending“ im nachhinein zu rechtfertigen. Dieser Etikettenschwindel ist um so ärgerlicher und gefährlicher, als alle mittel- und langfristigen Prognosen für die 80er Jahre signalisieren, daß zahlreiche Probleme, die im wirtschaftlichen, aber auch im gesellschaftlichen Bereich schon allein durch die weltwirtschaftlichen Gegebenheiten auf uns zukommen, Anlaß genug sein sollten, ihre Abwehr ohne Verzug in Angriff zu nehmen.

Gerade in jenen Staaten Westeuropas aber, in denen die Systemveränderer am Werk sind oder längere Zeit am Werk waren, zeichnen sich große wirtschaftliche Schwierigkeiten ab, denen mit weiteren systemverändernden Maßnahmen sicher nicht begegnet werden kann. Für die Systemveränderer hieße das aber nun, Glaubenssätzen abzuschwören – zumindest zeitweise – und damit sind sie, müssen sie psychologisch überfordert sein. Damit kann also etwa steigende Arbeitslosigkeit natürlich nicht mit der Einkommenspolitik der Gewerkschaften zu tun haben oder nicht mit der Euphorie auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit oder mit den steigenden Steuerlasten. Schuld ist selbstverständlich immer das System des Kapitalismus (in den die soziale Marktwirtschaft bedenkenlos zurückverfälscht wird) und seine Krise. Als Ausweg wird eine weitere Radikalisierung der Systemveränderung empfohlen.

Eine noch relativ niedrige Arbeitslosigkeit und eine verhältnismäßig niedrige Inflationsrate in meinem Heimatland Österreich lassen die Opfer der Unternehmen vergessen, mit denen dies erreicht wurde: die Entkapitalisierung der Unternehmen, sinkende Investitionsraten in vielen Branchen, steigende Verschuldung der Unternehmen, schwindende Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten und alle jene Gegebenheiten, die das Wirtschaften in der Rezession zu einer Sisyphusarbeit machen. Und schon ist Frankreich entschlossen, den sogenannten „österreichischen Weg“ zu beschreiten, der ja eigentlich der „schwedische“ ist – ja – nach kaum einem Jahr des sogenannten „Changements“ ist Frankreich auf der Überholspur.

Auf diesem Weg wurde aber – anstatt die durchaus tragfähige Basis für eine weiterführende Wirtschaftspolitik im antizyklischen keynesianischen Sinne zu nutzen und zur Ankurbelung in Zeiten der Rezession die nötigen Reserven anzusparen – der Verlockung nachgegeben, die florierende Wirtschaft mit ihren guten Wachstumsraten zur Finanzierung einer überzogenen Sozialpolitik immer stärker zu belasten, nachdem die Budgetmittel nicht mehr reichten. Wann ist es üblich, daß der Staat beginnt, Geschenke zu verteilen, die ihn nichts kosteten. Niemand bedachte in der Vergangenheit einen möglichen Konjunkturrückgang – eben die „Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes“.

Diese Geschenke, die den Staat nichts kosteten, verringerten kontinuierlich die Eigenkapitalausstattung der Betriebe, die dann von ihrer Substanz zu leben begannen. So wurden nötige Investitionsvorhaben erschwert, oder nur mit einem steigenden Anteil von Fremdkapital finanzierbar. Noch zu Beginn des Jahrzehnts,

nämlich 1971, betrug etwa in Österreich der Anteil der Industrieinvestitionen an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen 18,1%, fiel jedoch im Verlauf der Dekade bis 1980 auf 13,1%. Die zwangsläufige Folge war, daß der Staat im verstärkten Maße „helfend einspringen“ mußte.

Nachträglich erhebt sich nun die Frage, ob diese helfende Hand nur eine Folge früherer wirtschaftspolitischer Versäumnisse war oder ob nicht dahinter ganz bewußt das eigentliche Ziel gestanden ist, finanziell ausgehungerte Betriebe in die Fänge des Staates zu treiben, also eine Verstaatlichung auf kaltem Weg systematisch anzustreben und auch tatsächlich in nicht unerheblichem Ausmaß zu verwirklichen. Das bedenkliche ist, daß durch diese Förderungsmaßnahmen die Regierungen zunehmend Einfluß auf private Investitionsentscheidungen und damit auch die Verfügung über Eigentum gewonnen haben. Sie haben sich nach und nach machtvolle Instrumente zur Investitionslenkung aufgebaut, wodurch die Unternehmer selbst in immer stärkere Abhängigkeit vom Staat geraten sind und letzten Endes daran gehindert werden, ihre Probleme in eigener Verantwortung und mit Eigeninitiative selbständig zu lösen.

Jedenfalls sind wir mit dieser Wirtschaftspolitik in eine neue Form des Merkantilismus geraten. Wieder ein Beispiel aus meinem Heimatland Österreich: Mehr als 40% aller Gesamtinvestitionen werden derzeit mittelbar oder unmittelbar vom Staat gefördert und damit auch von ihm entsprechend beeinflusst. Die Zunahme des Staatsdirigismus hat sich zudem in einer weiteren verhängnisvollen Weise ausgewirkt: Machtkonzentration hat – wie man weiß – zu Machtmißbrauch und Korruption geführt. Den Franzosen steht also noch einiges bevor.

Dies alles ist keineswegs das, was die Presse so gerne das Jammern und Klagen einer müde gewordenen Unternehmerschaft nennt. Die Schöpfer der sozialen Marktwirtschaft haben zu ihrer Zeit die Zeichen der Zeit erkannt, haben den Weg vorgezeigt, und die Unternehmer sind zur rechten Zeit diesen Weg gegangen: Zum Wohle der Völker. Es stimmt eben einfach nicht, was mir einmal der frühere österreichische Finanzminister, Dr. Androsch, bei einer Diskussion in Alpbach entgegengehalten hat, nämlich: Daß die soziale Marktwirtschaft gar nicht sozial sein könne. Das Gegenteil wurde in den 50er, in den 60er und auch noch in den 70er Jahren bewiesen. Als Generaldirektor der größten österreichischen Bank äußert sich Herr Dr. Androsch nun manchmal in einer Weise, die erkennen läßt, daß er seinen damals vertretenen Standpunkt zumindest modifiziert hat. Sollte er wieder in die Politik zurückkehren, was nicht auszuschließen ist, wird man ja sehen, ob es dann auch dabei bleibt. Es war aber hier in Hamburg, als Herr Bundeskanzler Schmidt bei einer Ratstagung der IHK in seinem Festvortrag sagte: „Was wir brauchen, ist eine Pause in der soziologischen Innovation“ – und ich habe ihn oft zitiert. Diese Pause ist in den allermeisten Ländern nicht eingetreten, und jetzt greift weltweit die wirtschaftliche Rezession zu.

Ich gebe zu bedenken, meine Damen und Herren: Die westlichen Demokratien sehen sich gegenübergestellt der zunehmenden Belastung durch die politischen Spannungen zwischen den Großmächten; der zunehmenden Belastung durch krisenhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft; und zunehmenden Belastungen seitens einer forcierten soziologischen Innovation. Könnte die Belastungsgrenze nicht bald erreicht sein? Mit dem Zerbröckeln des Gefüges der westlichen Demokratien, das ja mit dem System der sozialen Marktwirtschaft untrennbar verbunden ist, wäre die Freiheit endgültig vertan!

